

Rede von Regierungsrat Martin Graf an der ersten konstituierenden Sitzung des Wetziker Parlamentes vom 12. 5. 2014

Sehr geehrte Frau Alterspräsidentin
geschätzte Mitglieder des Grossen Gemeinderates,
sehr geehrter Herr Gemeindepräsident, werter Urs
sehr geehrte Noch-Mitglieder des Gemeinderates,
werte Stadtratsmitglieder,
verehrte Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren

Es ist für mich eine ausserordentliche Freude und Ehre, Ihnen – verehrte Mitglieder des ersten Wetziker Parlamentes – als kantonaler Gemeindeminister die Grüsse und Glückwünsche der Zürcher Regierung zu diesem besonderen Ereignis zu überbringen.

Ich gratuliere Ihnen nachträglich zu Ihrer Wahl in den Grossen Gemeinderat und wünsche Ihnen für die nächsten vier Jahre eine spannende und erfüllende Amtsdauer.

Als ich vor einigen Wochen zum heutigen Abend eingeladen wurde, habe ich, ohne zu überlegen und ohne meine Agenda zu konsultieren, zugesagt. Obwohl heute abend in Urdorf die Feier der höchsten Zürcherin Brigitta Johner stattfindet. Wahrscheinlich haben Entzugserscheinungen den Ausschlag gegeben, seit ich die Amtsdauer des Illnau-Effretiker Parlamentes nicht mehr eröffnen darf. Dort macht das nämlich der Stadtpräsident und nicht das amtsälteste Mitglied.

Und – ehrlich gesagt - hätte ich mit einer solchen Gelegenheit nie gerechnet. Seit ich als Direktor des Innern mit Städten und Gemeinden etwas zu tun habe, geht es vor allem um Finanzen oder Fusionen. Dass in unserer von Gemeindeversammlungen geprägten Zürcher Landschaft irgendwo ein Parlament eingerichtet wird, hätte ich nicht erwartet – in Wetzikon schon gar nicht. Dazu kenne ich die Debatten um Pro und Kontra eines Parlamentes zu gut. Während meiner kommunalpolitischen Tätigkeit in Illnau-Effretikon wurde nämlich wiederholt versucht, das dortige 1974 installierte Parlament wieder abzuschaffen – ohne Erfolg.

Was im Waadtland selbst bei Kleinstgemeinden eine Selbstverständlichkeit ist, hat es im Kanton Zürich schwer. Nicht einmal das Argument, dass eine Gemeindeversammlung mit mehr als 5 % der Stimmberechtigten wegen fehlender Saalgrösse in Grossen Gemeinden physisch gar nicht durchführbar ist, überzeugt. Auch wenn es stichhaltig ist.

Die Versuche, bei Ihnen hier in Wetzikon ein Gemeindeparlament zu installieren, waren offensichtlich schwierig genug. Es bedurfte insgesamt 9 Anläufe, 85 Jahre Ausdauer und Energie, um das Parlament einzuführen. Offenbar muss man in der Politik dran bleiben, wenn man etwas erreichen will. So hat die Einführung eines Parlamentes in Wetzikon mehr als doppelt so lange gedauert wie die Umsetzung der verfassungsmässig verankerten Mutterschaftsversicherung.

Aber wenigstens – als kleine Entschädigung – haben Sie Geschichte geschrieben und werden sicher in den einschlägigen Geschichtsbüchern Ihrer Kinder erwähnt. So wie Bertschikon-Wiesendangen nach 1934 – also nach 80 Jahren – die erste Gemeindefusion war, ist Wetzikon die erste Stadt bzw. Gemeinde, die seit 1974 – also in den letzten 40 Jahren – ein Parlament einführt.

Immerhin hat Wetzikon bei ihren Investitionen frühzeitig an diese Möglichkeit eines Parlamentes gedacht und bei der Erweiterung des Gemeindehauses vor über 30 Jahren einen Saal gebaut, der sich für Parlamentssitzungen eignet. Das ist lobenswert, denn öffentliche Investitionen erfolgen in unserem Land nur selten 30 Jahre zum voraus, viel eher 30 Jahre zu spät.

Ihrem Parlaments-Newsletter vom letzten November durfte ich allerdings entnehmen, dass das Mobiliar dieses Saales trotz Aufnahme des Parlamentsbetriebes aus Kostengründen nicht erneuert wird. Das war sicher ein gekonnter Schachzug des Stadtrates, der so auf die Dauer Ihrer Parlamentssitzungen Einfluss nehmen wollte. Aber jetzt haben Sie ja die absolute Budgethoheit und können solche Techtel-Mechtel mit Ihrer eigenen Finanzkompetenz kontern.

Mit dem heutigen Tag – werte Mitglieder des Grossen Gemeinderates – beginnt für all jene von Ihnen, die erstmals in einem Parlament sitzen, fast ein neuer Lebensabschnitt. Sie sind freiwillig in diese Gemeinschaft eingetreten, im Grunde genommen eine Zwangsgemeinschaft von Nicht-Gleichgesinnten. Das ist fast schwieriger als der Eintritt in ein Kloster, wo Sie immerhin auf Gleichgesinnte treffen. Eingebunden in diese Gemeinschaft übernehmen Sie die Oberaufsicht und die Gesamtverantwortung für Ihre Stadt.

Für diese wollen Sie alle nur das Beste! Dieses „Beste“, dieses ultimative Optimum, definieren Sie gemeinsam – am Verhandlungstisch der Parlamentspolitik. Politik ist ja nichts anderes als das Aushandeln eines sogenannten „Gesellschaftsvertrages“. Sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier sitzen am Verhandlungstisch, verhandeln an jeder Sitzung neue „Paragraphen“ dieses Gesellschaftsvertrages. Das ist Ihre politische Debatte. Es geht um das Regeln des Umganges untereinander, um das Setzen von Grenzen, um das Erkennen gemeinsamer Bedürfnisse und das Entscheiden darüber, welche Sie gemeinsam erfüllen und hoffentlich auch finanzieren wollen und welche Sie den Einzelnen zur Erfüllung überlassen wollen.

Dieser politische Prozess hat seine eigenen Gesetze, Abläufe und ein eigenes Vokabular. Sie werden sich herumschlagen müssen mit Anträgen, zusammengesetzt aus Weisung und Dispositiv. Dabei merken Sie sich eines: beim Beschluss zählt die Formulierung im Dispositiv und nicht die Weisung. Sie werden sich beschäftigen mit Interpellationen und Postulaten sowie mit Rücksicht auf den Gemütszustand im Stadtrat lieber nicht mit Motionen. Sonst lösen Sie dort Emotionen aus.

Sie werden streiten um Konkurrenz, Effizienz, Suffizienz und Aequivalenz. Sie werden kämpfen für Kollegialität, Integrität, Parität und Subsidiarität. Und schliesslich müssen Sie sich vor allem das merken: einen Objektkredit bewilligen Sie für eine definierte klar umrissene Ausgabe, einen Rahmenkredit für ein Sammelsurium von noch unklaren Ausgaben auf Zeit, einen Zusatzkredit genehmigen Sie, bevor das Geld ausgegeben ist, einen Nachtragskredit dann, wenn das Geld schon ausgegeben ist. Alle diese Kredite sind Verpflichtungskredite, weil Sie sich verpflichten, diese zu finanzieren, aber mit dem Geld der anderen. Sie können natürlich frei entscheiden, ob Sie lieber mit Zusatz- oder Nachtragskrediten arbeiten möchten. Und wenn Ihnen diese Entscheide schwer fallen, übernimmt der Stadtrat diese Aufgabe sehr gerne. Für ihn sind diese Ausgaben dann „gebunden“. Überhaupt ist der Stadtrat heilfroh, wenn Sie seinen Anträgen kritiklos zustimmen und möglichst selten vorstössig werden.

Als ich vor 24 Jahren zum ersten Mal im Illnau-Effretiker Parlament Platz nahm, hatte ich von alledem keine Ahnung. Ich war gerade zurück nach vier Jahren Aufenthalt in Ostafrika. So musste ich mich zunächst einmal in die Gemeinde- und Geschäftsordnung vertiefen. Und ich begriff erst langsam, wie ein solcher Betrieb

läuft. Aber man kann dazu lernen. Wenn sie also nicht mehr zurecht kommen sollten und Ihre direkte Aufsicht, der Bezirksrat auch nicht mehr weiter weiss, können Sie sich getrost an meine Direktion wenden. Wir finden sicher einen Weg.

Eines aber müssen Sie wissen: Auch in der Politik gibt es Regeln für die Verhandlungen, sonst kommen Geschäfte nicht zum Abschluss. Es braucht Respekt und Vertrauen, Fairness und konstruktive Auseinandersetzung. Wer den anderen über den Tisch zieht, wird früher oder später auch über den Tisch gezogen. Wer sich aus der Verantwortung zieht, wird zum Schluss nicht ernst genommen.

Das Schöne an der direkten Demokratie in unserem Lande ist das Vertrauen und damit der Handlungsspielraum, welche uns die Bevölkerung schenkt. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht missbrauchen.

Ich wünsche Ihnen allen für die kommenden Jahre viel Freude und Geschick bei Ihren politischen Debatten.

Martin Graf
Regierungsrat
12.5.2014